



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2012/2092(BUD)

30.5.2012

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltsausschuss

zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013
– alle Einzelpläne
(2012/2092(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Philippe Boulland

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen für kleine und mittlere Unternehmen, Jugendliche und Beschäftigung; weist darauf hin, dass aufgrund der sozialen Krise keine Kürzungen im Kapitel „Beschäftigung und Soziales“ vorgenommen werden dürfen;
2. bedauert, dass die Verpflichtungsermächtigungen für PROGRESS um 5,3 Mio. EUR gegenüber der Finanzplanung gekürzt wurden; ist der Ansicht, dass eine Erhöhung um 6 Mio. EUR dem Bedarf angemessener wäre;
3. verweist auf den Bedarf an angemessenen Ausbildungsmöglichkeiten zur Förderung der Beschäftigung junger Menschen und ist der Ansicht, dass die Verpflichtungsermächtigungen für das Programm Lebenslanges Lernen zumindest dem Stand des Jahres 2012 entsprechen müssen;
4. begrüßt die Aufstockung der Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen für den ESF, da mit den Strukturfonds das Ziel verfolgt wird, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung zu entwickeln;
5. schlägt vor, dass die 22 Mrd. EUR des Europäischen Sozialfonds, die umgewidmet werden müssen, allen Mitgliedstaaten zugute kommen können, die die Beschäftigungssituation junger Menschen verbessern möchten, und nicht nur den acht Mitgliedstaaten, die vom Europäischen Rat 2012 bestimmt wurden;
6. weist darauf hin, dass der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung die Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern zum Ziel hat; fordert die Einsetzung von Zahlungsermächtigungen in Höhe von 50 Mio. EUR bei der entsprechenden Haushaltlinie;
7. hebt hervor, dass die Kommunikationsmaßnahmen zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger (2013) Verpflichtungsermächtigungen erfordern, die zumindest denen des Jahres 2012 entsprechen;
8. schlägt zwei Pilotprojekte und eine vorbereitende Maßnahme vor, um der Konvergenz und dem sozialen Zusammenhalt neuen Aufschwung zu verleihen, und zwar zum einen durch ein europäisches Sozietlabel für die Unternehmen und zum anderen durch die Unterstützung von Migranten und entsandten Arbeitnehmern sowie von Obdachlosen in der Union;
9. unterstreicht den Bedarf an neuen Verpflichtungsermächtigungen für die vorbereitende Maßnahme „Jugend in Bewegung“, um die Mitgliedstaaten zu ermutigen, sich an der Pilotphase dieses im Jahr 2012 eingeleiteten Projekts zu beteiligen.

